

Zum
Konsolidierungsprozess
in Tschechien
und der Slowakei

Demokratisierung mit Schlaglöchern

Karel Vodička

Am 1. Mai 2004 wurden die politischen Systeme Tschechiens und der Slowakei zum Bestandteil des politischen Raumes der Europäischen Union. Dies stellt einen Anlass dar, den Stand und die Risiken des Konsolidierungsprozesses in ihnen zu analysieren. Wie im Weiteren näher dargestellt wird, ist die Konsolidierung der politischen Systeme beider Staaten auf der konstitutionellen Ebene weit fortgeschritten. Auch das intermediäre System konsolidiert sich in beiden Ländern; das slowakische Parteiensystem bleibt allerdings nach wie vor äußerst labil. Die Ebene des Verhaltens der informellen politischen Akteure sowie die der Zivilgesellschaft können in keinem der beiden Länder als konsolidiert bezeichnet werden. Eine Entdemokratisierung erscheint unterdessen in der Slowakei als unwahrscheinlich, in Tschechien als kaum denkbar. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich der in beiden Ländern vollziehende Transitionsprozess langfristig auf niedrigem Konsolidierungsniveau ins Stocken geraten könnte.

Ob Tschechien und die Slowakei als konsolidiert bezeichnet werden können, hängt insbesondere von den Konsolidierungskriterien ab, die angewendet werden. Nach den Kriterien von Dahl oder Huntington müssten beide Länder als im Wesentlichen konsolidiert erachtet werden. Fiala und Szolományi halten ebenfalls ihr jeweiliges Land für eine konsolidierte Demokratie. Auch im *Freedom-House-Rating* werden die Tschechische und Slowakische Republik den konsoli-

dierten Demokratien zugerechnet, wobei 2003 die Slowakei eine bessere Benotung als Tschechien erhielt. Demgegenüber beurteilt Beichelt Tschechien als „formal demokratisches Regime“ und die Slowakei (zusammen mit Russland und Ukraine) als „minimaldemokratisches Regime“. Auch Kubát bezeichnet Tschechien als konsolidierte, die Slowakei als lediglich „semikonsolidierte“ Demokratie. Die erwähnten Beispiele verdeutlichen, dass eine allgemeine Bewertung des Konsolidierungsgrades umstritten sein kann, weil diverse Faktoren im Transformationsprozess von verschiedenen Autoren unterschiedlich gewichtet werden. Eine getrennte Evaluation einzelner Segmente des politischen Systemes und damit eine differenziertere Betrachtung ermöglicht das von Wolfgang Merkel entwickelte Vier-Ebenen-Konsolidierungsmodell.

Konstitutionelle Konsolidierung

In Tschechien funktioniert das Gewaltenteilungssystem gut, und die Verfassungsprinzipien finden sukzessive ihren Weg in die politische Praxis; die Kluft zwischen Verfassungstext und -wirklichkeit wurde in den vergangenen Jahren kleiner. Durch die Einrichtung regionaler Selbstverwaltungsorgane (*kraje*) und die Wahlen zu den Kreisvertretungen (*krajské zastupitelstvo*) im Jahre 2000 wurde einer weiteren – bis dato schlafenden – Verfassungsinstitution Leben eingehaucht. Am 1. Januar 2003 wurde das in der Verfassung vorgesehene Oberste Verwaltungsgericht ins Leben gerufen.

Die Entscheidungen des Verfassungsgerichtes werden von politischen Akteuren respektiert. In der Zeit des Machtkartelles der *Česká strana sociálně-demokratická* (Tschechische Sozialdemokratische Partei, ČSSD) und der *Občanská demokratická strana* (Demokratische Bürgerpartei, ODS) 1998 bis 2002 wurde deutlich, dass das Verfassungsgericht seine Funktion im Gewaltenteilungssystem erfüllt. Es zeigte sich als eine wirksame Barriere gegen die Anstrengungen der Parlamentsmehrheit, die in der Verfassung verankerten Grundparameter des politischen Systemes abzuändern. Das Verfassungsgericht hob aufgrund der Verfassungsbeschwerde des Staatspräsidenten diejenigen Bestimmungen des Wahlgesetzes 204/2000 auf, die das Wahlsystem zugunsten beider großen Parteien deformierten (*Nález 64/2001*). Ferner verhinderte das Verfassungsgericht die Versuche der ČSSD/ODS-Parlamentsmehrheit, die Unabhängigkeit der Zentralbank durch das Gesetz 442/2000 einzuschränken (*Nález 278/2001*). Auf die Verfassungsbeschwerde der kleinen *Demokratická unie* (Demokratische Union, DEU) hin hob das Verfassungsgericht §85 Wahlgesetz auf, der die Auszahlung der Wahlkostenerstattung mit drei Prozent Wählerstimmengewinn bedingte, und empfahl die Herabsetzung dieser Grenze auf 1,5 Prozent der Stimmen (*Nález 243/1999*), um den politischen Wettbewerb zu fördern. Ähnlich schränkte das Verfassungsgericht die übermäßige finanzielle Vergünstigung der Parlamentsparteien im Parteiengesetz ein (*Nález 98/2001*).

Wahlgang

Die Parlamentswahlen verliefen im Wesentlichen korrekt, und das Verhältnisswahlrecht, mit dem das Abgeordnetenhaus gewählt wird und das zuweilen von einigen Parteien kritisiert wurde, hat sich grundsätzlich bewährt. Bislang ermöglichte jede Wahl die Bildung einer Regierung, und das Parlament hat noch keiner

Regierung das Misstrauen ausgesprochen. Die starke Parlamentsfraktion der *Komunistická strana Čech a Moravy* (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens, KSČM), die stets zur Opposition gehört, erschwert allerdings nachhaltig die Bildung einer Regierungskoalition.

Der institutionellen Stabilität des politischen Systems käme es zugute, wenn der Verfassungsartikel zur Wahl des Staatspräsidenten modifiziert würde. Problematisch ist die Verfassungsbestimmung, dass auch noch in der dritten Wahlrunde eine einfache Parlamentsmehrheit nicht ausreicht, sondern eine absolute Mehrheit der anwesenden Mandatsträger erforderlich ist, um einen Präsidenten zu wählen (Artikel 58, 7 Verfassungsgesetz). Dies könnte bei einer ungünstigen Kräftekonstellation zu einer jahrelangen Vakanz des Präsidentenamtes führen.

Sieg der Institutionen

Auch in der Slowakei ist das institutionelle System weitgehend konsolidiert. Die Prinzipien des Rechtsstaates werden zunehmend eingehalten, die in der Verfassung verankerte Gewaltenteilung wird von den politischen Institutionen umgesetzt. Die Verfassungsorgane beschränken und kontrollieren sich gegenseitig, und ein Übergewicht einer der Gewalten ist nicht erkennbar. In der Ära von *Vladimír Mečiar* 1993 bis 1998 standen zwar die Justizorgane – und das institutionelle System insgesamt – unter starkem Druck, sie blieben jedoch funktionsfähig. Das Verfassungsgericht und das Oberste Gericht trugen zum Erhalt der elementaren Bestandteile des institutionellen Systemes und zur Diskreditierung der *Mečiar*-Regierungen in der slowakischen wie in der internationalen Öffentlichkeit wesentlich bei. Sie ermöglichten somit den Machtwechsel 1998, der unter diesem Aspekt als ein „Sieg der Institutionen“ gedeutet werden kann.

In der Zeit der schärfsten Verfassungskonflikte zwischen dem Staatsoberhaupt *Kováč* und dem Ministerpräsidenten *Mečiar* rückte die Rechtsprechung des slowakischen Verfassungsgerichtes ins Zentrum des politischen Geschehens. Das Verfassungsgericht erklärte mehrere Gesetzesnovellen, die zu einer Machtkonzentration bei der *Mečiar*-Koalition hätten führen können, für verfassungswidrig. Von hoher politischer Brisanz waren ebenfalls die Erkenntnisse zur Entführung des Sohnes des Staatsoberhauptes (*Nález* 8/1996) sowie zum verfassungswidrigen Parlamentsausschluss eines Abgeordneten (*Nález* 13/1997).

Autoritäre Versuchungen

Die Verfestigung eines autoritären Regimes wurde unter anderem durch ein Urteil des Obersten Gerichtes vor den Parlamentswahlen 1998 abgewehrt. Die Zentrale Wahlkommission registrierte die *Slovenská demokratická koalícia* (Slowakische Demokratische Koalition, SDK) als eine Partei. Dagegen legte Ministerpräsident *Mečiar* eine Klage beim Obersten Gericht ein und beantragte, die Registrierung der SDK-Wahlliste rückgängig zu machen und die SDK nicht als eine Partei, sondern als eine Koalition zu registrieren (wodurch ihr Parlamentseinzug verhindert gewesen wäre). Das Oberste Gericht wies die Klage zurück und bestätigte die Registrierung der SDK-Wahlliste. Dies öffnete dem Sieg der Anti-*Mečiar*-Opposition die Tore. Die Befürchtungen der Bürger vor der Verfestigung eines autoritären Regimes und internationaler Isolation der Slowakei spielten bei dem Machtwechsel eine wichtige Rolle, ebenso wie die klaren Stellungnahmen der EU-Politiker und die Unterstützung der Nicht-Regierungsorganisationen.

In der Legislaturperiode 1998 bis 2002 verabschiedete der Nationalrat der Slowakischen Republik eine Reihe von Gesetzen, die die Deformationen der *Mečiar*-

Ära beseitigten. In das politische System wurden mehrere institutionelle Hindernisse gegen eventuelle autoritäre Versuchungen eingebaut (Direktwahl des Staatspräsidenten; Ombudsmann, Justizrat) und eine regionale Selbstverwaltung ins Leben gerufen. Die Anzahl der Verfassungsrichter wurde erhöht, die Verfassungsgerichts Kompetenzen ausgedehnt. Die Verfassungsnovellen verbesserten die Regelung von Beziehungen zwischen einzelnen Machtinstitutionen.

Schwachstellen

Der konstitutionelle Konsolidierungsprozess lässt sich in beiden Ländern – aus formaler Sicht – als vollzogen bezeichnen. Allerdings gab es bis vor kurzem Defizite in der Akzeptanz der Spielregeln durch relevante Akteure. Sowohl in Tschechien als auch in der Slowakei versuchten die regierenden Mehrheiten, ihren parlamentarischen Einfluss zu missbrauchen, um ihre Macht durch institutionelle Vorkehrungen zu erweitern und auch für die Zukunft zu sichern. In beiden Fällen verhinderten die Entscheidungen des Verfassungsgerichtes beziehungsweise des Obersten Gerichtes die Manipulationen des institutionellen Systemes und ermöglichten kompetitive Parlamentswahlen.

Die Tatsache, dass das tschechische Parlament aus zwei Kammern besteht, die zu jeweils unterschiedlichen Terminen und nach divergierenden Wahlmodi gewählt werden, hat sich als ein Vorteil für die Stabilität des politischen Systemes erwiesen. Nach den Senatswahlen 2000 verlor die stille Koalition der Sozialdemokratischen Partei und der Demokratischen Bürgerpartei ihre Senatsmehrheit, wodurch einige Verfassungsänderungen (wie zum Beispiel Autonomieeinschränkung der Zentralbank) abgewehrt werden konnten. Als vorteilhaft erwies sich die verfassungsrechtliche Verankerung des Verhältniswahlrechtes für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus (*Poslanecká*

sněmovna). Demgegenüber weist die Verfassungsordnung der Slowakei eine empfindliche Stelle auf: Das Wahlsystem wird nicht durch die Verfassung geschützt, was das Risiko birgt, dass eine bestehende Parlamentsmehrheit das Wahlgesetz aus machtpolitischem Kalkül manipuliert.

Das institutionelle System und die in ihm verlaufenden Entscheidungsprozesse sind in beiden Ländern durch klientelistische Beziehungen und Korruption beeinträchtigt. In Tschechien verbreitete sich die Korruption im Zuge der Privatisierung zu Beginn der 1990er Jahre. Sowohl die Korruptionsindikatoren als auch die Einschätzungen der Strafermittlungsorgane deuten an, dass die Korruption in Tschechien weiterhin zunimmt. Am stärksten betroffen sind die öffentliche Verwaltung, die Legislative und die Justiz. Die Korruption im Gesetzgebungsprozess wird durch einen unkontrollierten Lobbyismus, zu weit abgesteckte Abgeordnetenimmunität sowie lückenhafte Regelung von Interessenkonflikten ermöglicht. Der Einfluss des unkontrollierten Lobbyismus im legislativen Prozess nimmt zu. Die erforderlichen Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung lehnte das tschechische Parlament ab. Ein erfahrener Abgeordneter stellt fest: „Ich kenne wohl kein einziges Gesetz, das nicht durch Lobbyismus beeinflusst wäre. (...) Einige meiner Kollegen erhalten ausgearbeitete Entwürfe einschlägiger Gesetzesbestimmungen per Post.“ Nach Auffassung der Bürger sind von der Bestechlichkeit insbesondere politische Parteien (4,0 auf einer Skala bis maximal 5), öffentliche Verwaltung (3,7), Banken (3,7) und Polizei (3,6) am stärksten betroffen. Korruption und Wirtschaftskriminalität werden von achtzig Prozent der Befragten als das gravierendste Problem des Landes empfunden.

In der Slowakei stellt sich die Situation noch beunruhigender dar. Im Korrup-

tionsindex von *Transparency International* liegt Tschechien an 54. Stelle hinter Belarus, die Slowakei an 59. Stelle hinter Kolumbien. In einer Weltbankstudie gaben 41 Prozent der slowakischen Privathaushalte und 41 Prozent der Unternehmen an, in den letzten drei Jahren „inoffizielle Zahlungen“ geleistet zu haben. Die Befragten sahen die Bestechlichkeit in wichtigen Institutionen des politischen Systems verbreitet: im Gerichtswesen und der Staatsanwaltschaft zu 48 Prozent, im Fonds des Nationaleigentums zu 47 Prozent, bei den Zollbehörden und der Polizei zu 35 Prozent, in den Ministerien zu dreißig Prozent sowie in der öffentlichen Verwaltung zu 25 Prozent. Die Zahlen sind alarmierend. Die Korruption wird von der Öffentlichkeit scharf kritisiert, und die Unfähigkeit beziehungsweise der Unwille der Regierung, mit dieser Angelegenheit fertig zu werden, schwächt die Legitimität des politischen Systems und seiner Institutionen.

Intermediäre Ebene

Nach chaotischen Verhältnissen am Anfang der Transformation ist in Tschechien mittlerweile ein strukturiertes intermediäres System zu erkennen. Die Interessengruppen suchen noch nach den optimalen Mechanismen und geeigneten Adressaten ihrer politischen Wirkung. Die intermediären Institutionen wie Gewerkschaften, Arbeitnehmerverbände, Berufskammern, Kirchen und Vereine haben an Bedeutung gewonnen und erfüllen ihre Funktion als organisierte Interessenvermittlung. Das tschechische Parteiensystem konsolidierte sich rasch. Die Wähler identifizierten sich zunehmend mit bestimmten Parteien, und die Anzahl der Parlamentsparteien sank. In den 1990er Jahren entstand infolge eines Finanzskandales der Demokratischen Bürgerpartei lediglich eine neue relevante Partei – die *Unie svobody* (Freiheitsunion, US). Die Schwankungen der Wählerpräferenzen

sind zwar heftiger als in konsolidierten Demokratien, jedoch weniger unberechenbar als in den meisten postkommunistischen Ländern.

In der Slowakei besteht ebenfalls ein heterogenes Geflecht aus autonomen, selbst organisierten Gruppen, Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Institutionen, die allerdings ungleichmäßig verteilt sind. In der Hauptstadt Bratislava sind sie zahlreich vertreten, in der Ostslowakei beziehungsweise in ländlichen Gebieten eher selten. Im Transformationsverlauf stieg die Anzahl der vom Staat unabhängigen Gruppen an. Die unabhängigen Nichtregierungsorganisationen trugen vor den Parlamentswahlen 1998 wesentlich zur Wählermobilisierung und damit zum Sieg der Anti-*Mečiar*-Koalition bei.

Das slowakische Parteiensystem ist dagegen nach wie vor äußerst labil. Auch in der Legislaturperiode 1998 bis 2002 spalteten sich mehrere Parteien und Koalitionen sowohl im Regierungs- als auch im Oppositionslager. Es entstanden drei neue Parteien mittlerer Größe, die *Slovenská demokratická a kresťanská únia* (Slowakische Demokratische und Christliche Union, SDKÚ), die Partei *Smer* (übersetzt = Richtung) und die *Aliancia nového občana* (Allianz des Neuen Bürgers, ANO). Der Fragmentierungsgrad des Parteiensystemes ist hoch, im Nationalrat sind acht Parteien vertreten, und neun Parteien können als relevant bezeichnet werden. Die gesellschaftliche Verankerung der Parteien ist gering, die Wählervolatilität beträchtlich. Auch nach den Wahlen 2002 setzt sich der Spaltungsprozess der Parteien sowohl im Regierungs- als auch im Oppositionslager weiter fort.

Verhaltenskonsolidierung

Die dritte Konsolidierungsebene betrifft das Verhalten informeller politischer Akteure (Militär, Finanzkapital, Unternehmer). Diese Ebene kann noch nicht als kon-

solidiert bezeichnet werden. Die Kardinalfrage lautet, ob die informellen Akteure ihre Interessen innerhalb oder außerhalb des legitimen politischen Systemes verfolgen. Die Armee ist in der tschechischen wie auch slowakischen Tradition loyal zum herrschenden System. Sie hat keine Ambitionen, zu einem politischen Faktor zu werden. Der Unternehmenssektor zeichnet sich hingegen durch die Tendenz aus, seine Interessen außerhalb der institutionellen Struktur des Staates zu verfolgen. Die niedrige Effektivität des Verwaltungs- und Gerichtssystemes trägt zu diesem Verhalten bei. In der Slowakei betragen die durchschnittliche Dauer eines Gerichtsverfahrens 18 Monate und die Anzahl der unerledigten Fälle 900 000. Auch in Tschechien ist es bislang nicht gelungen, die Durchschnittsdauer der Gerichtsverfahren zu verkürzen. Daher kommen die Unternehmer oft in Versuchung, ihre Interessen mithilfe illegitimer Techniken (Klientelismus, Bestechung, Betrug) durchzusetzen. Dieses Verhalten schwächt die Legitimität der demokratischen Ordnung und wertet die Qualität des Wirtschaftsstandortes ab.

In beiden Ländern agieren einflussreiche Interessengruppen, die den gegenwärtigen Zustand als vorteilhaft erachten. Undurchsichtige Verfahren im öffentlichen Sektor und Beamtenbestechung ermöglichen es ihnen, an günstige öffentliche Aufträge zu gelangen, korrupte Richter verhalten sich parteiisch, einige Abgeordnete liefern nicht nur exklusive Informationen, sondern auch eine „maßgeschneiderte“ Gesetzesfassung. Diese Gruppen sind daran interessiert, die derzeitigen Verhältnisse zu bewahren. Der Umfang ihrer Wirkung kann nach verschiedenen Anhaltspunkten (wie Korruptionsanalysen, Umfragen, Insider-Berichte) nur eingeschätzt werden; ihre Rolle als „wahrscheinlich die wichtigsten Bremsen im Transitionsprozess“ (*Krivý*) heben Analytiker in beiden Ländern hervor. Es

ist allerdings schwierig, diese Gruppen und ihre reformfeindlichen Einstellungen in einer Umfrage eindeutig zu identifizieren, weil ihre Wirkung auf Intransparenz basiert.

Bürgergesellschaft

Die Werte der Bürger in beiden Ländern und ihre Einstellungen zu Reformen waren am Anfang der 1990er Jahre unterschiedlich. In der Slowakei sah 1990 nur eine Minderheit der Befragten in der neuen Ordnung mehr Vorteile als in der vorangegangenen-kommunistischen-, während es im tschechischen Landesteil die Mehrheit war. Die slowakischen Bürger waren deutlich unzufriedener mit der Entwicklung nach dem Umbruch 1989. Die Tschechen begrüßten überwiegend die Privatisierung und die Marktwirtschaft, die Slowaken lehnten sie mehrheitlich ab.

Die Unterschiede der politischen Kultur sind erhalten geblieben. Die tschechischen Bürger vertreten in Umfragen die Meinung, dass das gegenwärtige System, verglichen mit dem kommunistischen, etwa gleich viele Vorteile wie Nachteile hat. Sie schätzen die Freiheiten (Reisefreiheit, freier Zugang zu Informationen), kritisieren jedoch den Verlust von Sicherheit (subjektives Sicherheitsempfinden, soziale Sicherheiten). Die Möglichkeit, auf das politische Leben Einfluss zu nehmen, bewerten sie auf dem gleichen Niveau wie im Kommunismus.

In der Slowakei wird das gegenwärtige Regime noch viel negativer wahrgenommen. Ganze 68 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass es ihnen im Kommunismus besser ging; die Eigentumsverteilung empfinden sie zu 68 Prozent ungerechter als im Kommunismus, und sie vertreten zu 65 Prozent die Meinung, dass die Slowakei einen falschen Weg eingeschlagen habe. Ängste vor einem Verlust der sozialen Sicherheiten (54 Prozent) werden von den Befragten doppelt so häufig geäußert wie die Sorge vor dem

Verlust politischer Partizipationsrechte und Bürgerfreiheiten (27 Prozent).

Die hier zitierten Meinungsumfragen lassen den Schluss zu, dass der Konsolidierungsprozess auf der Ebene der Bürgergesellschaft in beiden Ländern noch nicht vollzogen ist. Ebenfalls die außerordentlich niedrige Wahlbeteiligung bei Europa-Wahlen, 28 Prozent in Tschechien, sieben Prozent in der Slowakei, sowie die hohen Stimmengewinne der linksextremen Kommunisten in Tschechien (zwanzig Prozent) und der national-populistischen Parteien in der Slowakei können als Indizien einer noch nicht reifen Bürgergesellschaft interpretiert werden. Die Bürger Tschechiens stehen dem gegenwärtigen Regime weniger skeptisch gegenüber, was sicherlich auch mit der besseren wirtschaftlichen Lage zusammenhängt. Zur negativen Wahrnehmung der zweifellos schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation und zu den ablehnenden Einstellungen tragen in beiden Ländern die populistisch orientierten Medien bei. Im Interesse höherer Einschaltquoten und Auflagen bieten sie keine ausgewogenen Informationen und Analysen, sondern eine überdramatisierte Berichterstattung, oft im aggressiven und destruktiven Stil.

Zukunftsszenarien

In Tschechien werden die Reformen eher vorsichtig angegangen. Es wird beabsichtigt, durch Umschichtungen im Steuersystem die Staatsfinanzen zu sanieren und die Sozialsysteme, die durch hohe Arbeitslosigkeit (zehn Prozent) und ungünstige demografische Trends belastet sind, zu stabilisieren. Es ist ungewiss, ob die gegenwärtige Regierungskoalition aus der *Česká strana sociálně-demokratická* (Tschechische Sozialdemokratische Partei, ČSSD), der *Křesťansko-demokratická unie-Československá strana lidová* (Christdemokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei, KDU-ČSL) und der

Unie svobody (Freiheitsunion, US), die im März 2004 ihre Mehrheit im Abgeordnetenhaus verlor, die ganze Legislaturperiode bis 2006 übersteht. Bei den Wahlen zum Europaparlament erlitten zwei Parteien der Regierungskoalition ein Debakel. Die Sozialdemokraten erhielten lediglich neun Prozent der Stimmen und fielen auf den fünften Platz zurück, die Freiheitsunion blieb tief unter der Fünf-Prozent-Hürde. Dies stürzte beide Regierungsparteien und die Regierungskoalition insgesamt in eine tiefe Krise. Der Machtwechsel, ob vorzeitig oder im regulären Wahltermin, wird jedoch das politische System nicht gefährden. Jede andere Regierungskoalition wird vor derselben diffizilen Aufgabe stehen, die Kosten der Sozialsysteme zu verringern, die Staatsfinanzen zu sanieren und zugleich die durch Steuer- und Sozialabgaben zu sehr belasteten Firmen und Arbeitnehmer zu entlasten. Zu den wichtigsten Herausforderungen gehört auch die Korruptionsbekämpfung.

In der Slowakei, die durch mutige Reformen (wie etwa ein einheitlicher Steuersatz von neunzehn Prozent) international auffiel, sind in der Legislaturperiode 2002 bis 2006 weitere rasante Transformationsschritte zu erwarten, die durch den NATO- und EU-Beitritt begünstigt werden. Der Wahlsieg der Regierungskoalition bei den Europawahlen (acht von vierzehn Mandaten) kann als ein weiterer Etappensieg der Reformparteien gedeutet werden. Zu den größten mittel- und langfristigen Herausforderungen zählen eine deutliche Verbesserung der Situation der Roma, eine Verringerung des ethnischen Konfliktpotenziales sowie die Korruptionsbekämpfung. Ein weiteres diffiziles Problem stellt die Sanierung der öffentlichen Haushalte dar. Dies setzt eine fundamentale Reform der sozialen Sicherungssysteme voraus. Auch das Justiz-, Bildungs- und Gesundheitssystem müssen einer radikalen Umstrukturierung unterzogen werden.

Die Reformschritte der Regierung werden indes von der Mehrheit der Slowaken nicht unterstützt. Zwar sind die Bürger von der Dringlichkeit umfangreicher Reformen überzeugt, konkrete Reformschritte jedoch, die ihre persönlichen Interessen tangieren, lehnen sie vehement ab. Mögliche soziale Unruhen infolge der Kürzungen der sozialen Leistungen könnten zur teilweisen Rücknahme der Reformen führen. Aktiver Widerstand gegen die Reformen ist allerdings eher von einflussreichen Interessengruppen zu erwarten. Das wahrscheinlichste Szenario für die weitere Entwicklung in der Slowakei scheint ein „zickzackförmiger“ Transformationsweg zu sein: Der Konsolidierungsprozess wird sich tendenziell fortsetzen, wird jedoch von Rückschlägen und Konflikten geprägt sein.

Von einer weitgehend krisenresistenten Demokratie kann erst dann gesprochen werden, wenn alle vier Ebenen konsolidiert sind. Dies kann für keines der untersuchten Länder festgestellt werden. Im Hinblick auf die aktuelle politische Kräftekonstellation, die institutionelle Konfiguration und äußere Faktoren erscheint jedoch eine autoritäre Wende in der Slowakei unwahrscheinlich, in Tschechien als kaum denkbar. Externe Faktoren wie NATO- und EU-Beitritt begünstigen die Konsolidierung in beiden Ländern.

Es kann indes nicht ausgeschlossen werden, dass der Transitionsprozess langfristig auf einem niedrigen Niveau der Konsolidierung ins Stocken gerät. Dies könnte sich in einer niedrigen politischen Partizipation der unzufriedenen Bürger äußern, in einer langfristig ineffektiven Staatsverwaltung und Justiz, in massiv verbreiteter Korruption, in der Einnistung der organisierten Kriminalität, in der schwachen Fähigkeit des Staates, öffentliche Angelegenheiten zu steuern, in langfristig ungelösten sozialen Problemen und in einem niedrigen Niveau der öffentlichen Dienstleistungen.